



Was bleibt von der Welt am Ende des Monats?

«Die Wirtschaft verursacht zivilisationsbedrohende Umweltprobleme; zugleich ist die Mehrheit der jungen Erwachsenen ärmer als ihre Eltern». (NZZ)

Was dem Zentralorgan der Schweizer Bourgeoisie hier leichtfertig durch die redaktionelle Kontrolle gerutscht ist, weiss eigentlich jede, die nicht Roger Köppel heisst. Die Bewegungen und Kämpfe gegen die sozialen und ökologischen Katastrophen der letzten Jahre haben diese Diagnose offensichtlich gemacht. Dass sie unter guten Bürgern und Steuerzahlern aber normalerweise nicht ausgesprochen werden darf, liegt an ihren weitreichenden Konsequenzen. Denn wenn trotz zunehmendem Raubbau an der Natur für die übergrosse Mehrheit der Menschen Verschlechterungen des Lebens anstehen, dann ist am System offensichtlich etwas faul.

Die Umweltkatastrophe und der Kapitalismus hängen historisch untrennbar zusammen. Es reicht, die Wirtschaftszahlen mit der Klimaveränderung zusammenzudenken: Je grösser die weltweite Wirtschaftsleistung, desto höher der CO₂-Ausstoss. In den letzten Jahrzehnten gingen die Emissionen einzig während Wirtschaftskrisen kurzzeitig zurück. Angesichts der damit einhergehenden sozialen Verheerungen hielt sich die Freude darüber verständlicherweise in engen Grenzen.

Der Klimawandel trifft die Ärmsten in der globalen Peripherie am härtesten. Dürren und steigende Meeresspiegel brechen als Kata-

strophe vor allem über jene herein, die weder das Geld für Gegenmassnahmen haben noch einfach wegziehen können. Die hierzulande populären Rezepte gegen den Klimawandel gehen wiederum insbesondere zu Lasten der Ärmsten in den Metropolen: Die Verteuerung des Konsums trifft hauptsächlich jene, die sich heute schon kaum ein anständiges Leben leisten können. Ökosteuern, Erhöhung der Benzinpreise und Verteuerung des Konsums führen aber auch mancherorts zu Widerstand: Die Gilets Jaunes haben sich in Frankreich eindrücklich zu Wort gemeldet und eine veritable politische Krise ausgelöst.

Als Antwort auf solch marktorientierten Blödsinn fordern Linke staatliche Massnahmen. Das umfassendste und auch bekannteste Beispiel ist der sogenannte Green New Deal. Dies ist die Idee, dass man mit radikalem ökologischen Umbau von staatlicher Seite den Kapitalismus, das Klima und die Armen zugleich retten könnte. Die schlechte Nachricht: Das ist in der seit Jahren bestehenden ökonomischen Situation schlicht nicht umsetzbar. Seit der Krise 2008 pumpen die Staaten und ihre Zentralbanken Billionen in die Märkte, um einen Crash hinauszuschieben. Ein Green New Deal würde aber gerade massiv Kapital vernichten, die ökonomischen Folgen wären verheerend. Am drängendsten zeigt sich dies an der «Carbon Bubble»: Zu den grössten Konzernen der Welt gehören viele hoch bewertete Ölkonzerne, deren Existenz davon abhängt, dass sie die letzten

Ölreserven der Welt rücksichtslos aus dem Boden holen. Ganz zu schweigen von den erheblichen Teilen der Weltökonomie, die direkt am schwarzen Gold hängen.

Die gute Nachricht: Die Finanzierbarkeit von Lösungen kann uns egal sein, wenn uns am Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaft nichts liegt. Das sollte man bedenken, wenn man sich ins politische Handgemenge stürzt. Dass der Klimabewegung ein eisiger Wind der Ignoranz und Leugnung entgegenschlägt, liegt nicht daran, dass es ihr an überzeugenden Argumenten fehlt. Vielmehr hat sie einen weitgehenden wissenschaftlichen Konsens auf ihrer Seite, doch die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären, bedrohen mächtige wirtschaftliche und politische Interessen und damit Grundpfeiler des Status quo. Die Umwelt und damit unsere Lebensgrundlage zu erhalten, ist so notwendig wie drängend. Ein erster Schritt dazu wäre, die ökologische und die soziale Dimension des Schlamassels als ein grosses Problem zu fassen. Die Lösung dafür ist eine Welt, über deren Schicksal wir endlich vernünftig und gemeinsam entscheiden können. Oder, anders gesagt: Für die staaten- und klassenlose Gesellschaft!